

# Zum Haushalt 2017

Die anberaumten Vorberatungssitzungen zur Erstellung des neuen Haushaltes für das Jahr 2017 entpuppten sich in ihrem Verlauf als reine Farce. In Rekordzeit wurde der von der Verwaltung erstellte Haushaltsplan verabschiedet. Nur 2 Tage mit insgesamt 3! Stunden Sitzung benötigte das Stadtratsgremium dafür, da die Vorlage nahezu kommentarlos durchgehechelt und über die Bühne gejagt wurde. Hatte man früher noch 3-4 Tage intensiv um die Zusammensetzung des für die Stadtentwicklung wichtigen Haushalts gerungen, so dominiert heute eine neue Oberflächlichkeit, bei der über Inhalte und Zielsetzungen nicht mehr diskutiert wird.

## Abnicken von alternativlosem Zahlenwerk

Der städtische Haushalt soll ein verlässliches Bild davon zeichnen, welche Maßnahmen in Kitzingen kurz-, mittel- und langfristig zur Umsetzung kommen sollen. Die Stadtratsfraktionen sollten als demokratisch gewählte Vertreter der Bevölkerung diese Zielsetzungen definieren, die Verwaltung muss sie sodann im Haushaltsentwurf manifestieren. So ist das Procedere ursprünglich in der Bayerischen Kommunalverfassung vorgesehen.

Doch von diesem demokratischen Ansatz ist heute im Grunde nichts mehr geblieben. Das Stadtratsgremium nickt in seiner Mehrheit nur noch alles ab, was von der Verwaltung als "alternativloser" Entwurf vorgestellt wird. Das heißt: Heute regiert ausschließlich die Stadtverwaltung und erwartet statt ausgiebiger Diskussion um aktuelle Probleme und politischer Auseinandersetzung bei der Suche nach deren Finanzierung, lieber Lob und Anerkennung für die erarbeitete Vorlage.

## Wer ist Herr im Rathaus?

Sollte es dennoch ein Mitglied des Stadtrates wagen eine tiefer gehende Verständnisfrage zum Haushalt zu stellen, dann wird diese Person vom OB unfreundlich darauf verwiesen, dass nun nicht der richtige Zeitpunkt sei, um Diskussionen zu führen. Für ihn war mit dem erstellten Haushaltsplanentwurf die Angelegenheit anscheinend schon endgültig abgeschlossen und bedurfte keiner weiteren Auseinandersetzung mit der Thematik. Wozu dann die Einladung zu sogenannten "Haushaltsberatungen"? Offensichtlich nur, um dem Gesetz Genüge zu tun. Die Stadtratsmehrheit schluckte diese Breitseite gegen das eigene Recht auf Information und gab sich damit zufrieden, wie der Oberbürgermeister nach Gutsherrnart jegliche Diskussion unterband.

Wo blieb da der offene und mutige Umgang mit Widersprüchen und Zielkonflikten, wie es im Leitbild der Stadt Kitzingen gefordert wird? Hohle Worte, Anspruch und Wirklichkeit klaffen so weit auseinander wie noch nie.

So stellt sich die generelle Frage: Welche Aufgabe nimmt das Stadtratsgremium in der Kitzinger Kommunalpolitik eigentlich noch wahr? Können die Volksvertreter – auch selbst verschuldet durch die aktuelle Geschäftsordnung behindert – überhaupt noch ihre vom Gesetzgeber formulierten Rechte und Pflichten wahrnehmen? Oder ist der Stadtrat zum Spielball einer Verwaltung verkommen, die sich insgeheim als der versiertere Entscheidungsträger empfindet?

## In drei Jahren wird alles anders?

Das von der CSU-Fraktion praktizierte >Abwarten< über die nächsten 3 Jahre, weil man momentan ja doch nichts ändern kann ist wenig zielführend. Sie hofft auf einen Machtwechsel an der Rathausspitze, der die Lösung des Dilemmas bringen soll. Doch der dafür gehandelte Hoffnungsträger zeigt bislang keinen ausgeprägten Willen zur politischen

Gestaltung. Er spielt das Spielchen brav mit und gibt die Schweigenummer.

### **Kontrollverzicht des Stadtrates**

Das Ringen um beste politische Lösungen und der kreative Umgang mit den zahlreichen gesellschaftlichen Herausforderungen – gerade in unserer >postfaktischen< Zeit – erfordert Mut, eine Tugend, die weder beim Stadtratsgremium noch bei der Verwaltungsspitze besonders ausgeprägt ist. Auch von einer effektiven Kontrolle der Verwaltungsabläufe – wie es die Gemeindeordnung fordert – kann gegenwärtig ebenfalls keine Rede sein. Wenn alle Informationen über wichtige Abläufe konsequent vom OB unter Verschluss gehalten werden, dann sind die in der Bay. Gemeindeordnung verbrieften Rechte und Pflichten des Stadtrates keinen Pfifferling mehr wert.

Wo ist z.B. die Information des Stadtrates über die Tätigkeiten der Verwaltung? Wer arbeitet wie lange und woran? Über die Offenlegung der amtsinternen inneren Verrechnungen wäre ein Tätigkeitsreport möglich, aus dem ersichtlich ist, welche konkreten Aufgaben mit welchem Zeitaufwand bewältigt werden. Aber schon der Gedanke eines Stadtrates an solche in allen privaten Betrieben üblichen Praktiken kommt einem Affront gleich. Aber wie sollte sonst der permanente – im Widerspruch zum Organisationsgutachten stehende – Personalmehrbedarf z.B. des Bauamtes geprüft werden? Das viel zitierte Vertrauen scheint nicht mehr das probate Mittel zu sein. Gegen die nicht zu verkennende Tendenz der stetigen Aufblähung der Verwaltung kann nur eine solche Kontrolle das geeignete Instrument bieten, das beim Aufstellen des alljährlichen Personalhaushaltes eine Grundlage böte.

### **Kosten - Leistung - Nutzen**

Durch das in der Verwaltung nicht vorhandene System der Kosten-Leistungs-Rechnung besteht keine Kontrolle über die pauschal genehmigten Ausgaben in den Budgets und die Effizienz der erbrachten Leistungen. Die seit 3 Jahren durch den OB zugesagten Überprüfungen einiger Budgets sind nicht erfolgt.

Alle diese Punkte sind Kostenfaktoren. Konkrete Bemühungen Kosten in diesen Bereichen zu senken, lassen sich bisher vermissen. Die Fachämter liefern zum Haushalt ihre Anforderungen, die dann seitens der Kämmerei keiner weiteren Prüfung unterzogen werden.

So ist das jährliche Maßnahmenanmeldungsvolumen z.B. des Bauamtes regelmäßig um bis zu 70 % nicht umsetzbar, was zu einer unnötigen Aufblähung des Haushaltes führt. Alle Anmahnungen hier realistischer vorzugehen, wurden auch 2017 beim Ansatz des Investitionsvolumen nicht berücksichtigt.

Hinterfragenswert sind auch die großzügigen Zuwendungen mit 750.000,- Euro an 2 Vereine bzw. Institutionen, ohne dass jemals eine objektive Kosten-Nutzen-Rechnung aufgestellt wurde. Wenn es hingegen darum geht, z.B. im Bereich "Soziales" einen Mitarbeiter in Vollzeit anzustellen, dann wird der Einsatz von zusätzlichen 15.000,- pro Jahr als nicht finanzierbar dargestellt.

Auch die kostengünstige Andienung des "Deuster'schen Filetgrundstückes" an den Bayerischen Staat zum Bau des Staatsarchives ist hinterfragenswert, eine zentrumsnahe Grünanlage an selbigem Ort für die Kitzinger Bürger schien hingegen nicht realisierbar.

### **Simulierung einer stimmigen Realität**

Im März 2017 wurde also ein Haushaltsentwurf vorgelegt, der zwar rechnerisch korrekt ist und dem einer Genehmigung durch die Aufsicht nichts im Wege steht, der aber dennoch vielfältige Mängel und zahlreiche hinterfragenswerte Elemente aufweist.

## **Keine Fortschreibung von gestrigen Vorstellungen**

Um auf den fehlenden Mut der Verantwortlichen zurückzukommen: Die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit sind enorm. Notwendig wäre es auf der Basis fundierter Erkenntnisse zu handeln, und bereits beschlossene Maßnahmen unter dem Aspekt von "Nutzen und Effizienz" zu überprüfen. Neue Bedarfe sind in das Handlungsprogramm aufzunehmen und Überflüssiges ggf. infrage zu stellen. Kommunalpolitik darf sich nicht nur in einer Fortschreibung der Politik vergangener Jahre erschöpfen. Neue Herausforderungen verlangen nach einer neuen Gewichtung in der Bereitstellung von Finanzmitteln, die im Haushalt 2017 keine Berücksichtigung findet.

Wo ist z.B. das Geld für den dringend benötigten bezahlbaren kommunalen Wohnraum? Wie will man der sozialen Bedürftigkeit von gesellschaftlichen Gruppen zukünftig begegnen?

Wo sind die Konzepte für eine bezahlbare Energieversorgung und für eine zukunftsweisende Ökologie? Gleiches gilt für Maßnahmen zur Reinhaltung des Trinkwassers oder die konsequente Neuorientierung bei der Abwasserbeseitigung, um weitere Kostensteigerungen zu Lasten des Bürgers zu vermeiden oder die Neuausrichtung der Straßenausbaubeiträge verbunden mit einer deutlichen Entlastung aller Bürger.

Welche Konzepte für eine effektive und kostensparende Verwaltung wurden bis heute entwickelt?

Für die beispielhaft aufgelisteten Herausforderungen erwartet man sich von einer Stadt, die prahlerisch als >Innovationsstadt< firmiert, vor allem innovative Antworten.

## **Erkenntnis fordert Handeln**

Widerspruch ist daher notwendig und somit – von Seiten der KIK – eine Ablehnung des Haushaltsplanes notwendig, um die Fehlentwicklungen deutlich zu machen und für eine Abkehr von der routinemäßigen Finanzmittelverteilung aus rein verwaltungsrechtlichen Erwägungen zu plädieren.

Welchen Sinn macht es die Schwächen dieses Systems einerseits zu erkennen und andererseits für dieses Zahlenwerk zu votieren? Das bedeutet Flucht aus der Verantwortung, die Angst vor Konflikten oder bequeme Verwaltungsgläubigkeit haben hier keinen Platz.

Nur in einer gelebten Demokratie, im Wettstreit um die besten Ideen kann sich eine zukunftsweisende Politik entwickeln. Das bislang von der Stadtratsmehrheit an den Tag gelegte inkonsequente Abstimmungsverhalten führt nachweislich zu keinerlei Veränderung in der Kommunalpolitik. Im Gegenteil! Dieses Verhalten dient nur der alljährlichen Bestärkung des OB, der folglich keine Veranlassung erkennen muss, seine autokratische Amtsführung zu hinterfragen.

## **Fehlende Diskussionen - Fehlende Lösungen - Klares Nein**

Bei der Erstellung des Haushaltes geht es um viel. Es geht um die Entwicklung unserer Stadt und um die besten Vorschläge, wie diese im Sinne der Bürger umgesetzt werden können.

So lange die Fraktionen sich mit Auflistungen von Kritikpunkten in den obligatorischen Haushaltsreden begnügen, so lange die Fraktionen nicht auf ihrem Recht bestehen, dass diese diskutiert werden, bis ein gutes Resultat für unsere Stadt erzielt werden kann, so lange werden diese Reden regelmäßig in den Wind gesprochen.

Es entsteht vielmehr der Eindruck, dass die Haushaltsverabschiedung zum Ritual verkommen ist: Der Entwurf wird vorgelegt, es findet keine Auseinandersetzung darüber statt, die Fraktionen geben ein wirkungsloses mehr oder weniger kritisches Statement ab – und am Schluss wird der Entwurf mehrheitlich genehmigt. **Diese Prozedur kann man sich sparen!**

Aus all diesen Gründen heraus wird KIK bei der Abstimmung über die Genehmigung des Haushaltes 2017 mit >Nein< votieren.

### **Weiter wie bisher?**

Die Summierung der misslichen Umstände und die tiefe Resignation in den Fraktionen führen unweigerlich zu Unmut in der Bürgerschaft, da diese erkennt, dass das Stadtratsgremium seinen Aufgaben nur unzulänglich nachkommt. Sichtbar wird dies u.a. am Desinteresse der Bürger an der Kommunalpolitik bzw. im Abdriften hin zu populistischen Grupperungen.

Die Stadtratsmehrheit hat sich im Rahmen der Zustimmung zur momentanen Geschäftsordnung ihre demokratischen Rechte aus freien Stücken aus der Hand nehmen lassen, sie setzt ihre Möglichkeiten bei der Festlegung des Haushaltes und kommt ihrer Pflicht zur Kontrolle der Verwaltung nicht nach. Deshalb ist es höchste Zeit für ein Umdenken, für eine Wende in der Kitzinger Kommunalpolitik.

Deshalb gilt unser Aufruf an die Kitzinger Bürgerinnen und Bürger:

**Beteiligen Sie sich am politischen Geschehen, melden Sie sich zu Wort und greifen Sie aktiv ein, um den überfälligen Wandel in der Stadtpolitik einzuläuten!**